

IKB Barometer

Konjunktur- und Zinsperspektiven

August 2025

Deutsche Konjunktur: ifo Geschäftsklima gibt Hoffnung auf leichte Belebung 2

Deutsche Wirtschaft schrumpfte im Sommer stärker als erwartet • Aber Stimmungsaufhellung hält an • Schwache Industrieproduktion • Steigende Aufträge aus dem Ausland geben Hoffnung • Belebung 2026 hängt maßgeblich von der Fiskalpolitik der Bundesregierung ab

Geldpolitik: US-Zollpolitik schafft Raum für EZB-Zinssenkung 5

Zölle treiben US-Inflation und belasten US-Konjunktur • Trotz Inflation hat Fed Zinssenkungspotenzial • US-Konjunkturabkühlung wird von Fed nicht bekämpft • Euro-Zone spürt deflationäre Effekte durch US-Handelspolitik • EZB könnte mindestens noch eine Zinssenkung vornehmen

Deutsche Industrie: Zölle sind nicht das Hauptproblem – es fehlen die Investitionen 7

Industrie schwächelt – Produktion auf Tiefstand • US-Zölle belasten –sind aber nicht ausschlaggebend • Investitionen am Standort fehlen • Wettbewerbsdruck steigt: China und hohe Kosten erhöhen Druck • Reformen nötig, Wettbewerbsfähigkeit zu stärken




Gemeinsam Wirtschaft gestalten -
Der IKB-Podcast zu Konjunktur, Branchen & Investitionen
Jetzt streamen auf allen gängigen Podcast-Plattformen!

Volkswirtschaft und Research, IKB Deutsche Industriebank AG

Dr. Klaus Bauknecht

Chefvolkswirt

+49 211 8221 4118

Klausdieter.Bauknecht@ikb.de

Marvin Kötting

+49 211 8221 3079

Marvin.Koetting@ikb.de

Dr. Carolin Vogt

+49 211 8221 4492

Carolin.Vogt@ikb.de

Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes (in % zum Vorjahresmonat, saisonbereinigt)



Quelle: Statistisches Bundesamt (IKB-Berechnung: reale gleitende 3-Monats-Zuwachsraten in %)

Deutsche Wirtschaft: ifo Geschäftsklima gibt Hoffnung auf leichte Belebung

Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal deutlich geschrumpft. Doch Unternehmen blicken zunehmend positiver nach vorne. So hellt sich die Stimmung weiter auf, und Erwartungen einer graduellen zyklischen Erholung sind weiterhin gerechtfertigt. Unterstützt werden diese auch von den kräftig gestiegenen Auftragseingängen aus dem Ausland. Doch es wird von der Fiskalpolitik im Jahr 2026 abhängen, wie stark die Erholung ultimativ ausfallen wird. Denn die Euro-Dollar-Aufwertung und fehlende Wettbewerbsfähigkeit belasten den Export- und Investitionsausblick. Unverändert erwartet die IKB ein BIP-Wachstum von 1,4 % im kommenden Jahr.

Rückblick: Deutsche Wirtschaft schrumpfte deutlicher als erwartet

Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal nun doch um 0,3 % zum Vorquartal deutlicher geschrumpft als zunächst gemeldet. Insbesondere die schwache Industrieproduktion und das Baugewerbe entwickelten sich im Juni schlechter als erwartet. Beim privaten Konsum führten neue Zahlen im Dienstleistungsbereich z. B. im Gastgewerbe zu den Abwärtsrevisionen. So ergab sich für den privaten Konsum nach dem starken ersten Quartal (0,6 %) nur ein leichtes Plus von 0,1 %. Der private Konsum bleibt dennoch eine wichtige Stütze für den Ausblick im Jahr 2025.

Die Anlageinvestitionen gingen deutlich zurück, nachdem sie zu Jahresanfang noch leicht gestiegen waren. Die Ausrüstungsinvestitionen – also vor allem in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge – sanken um 1,9 %. Die Investitionen in Bauten nahmen sogar noch etwas stärker um 2,1 % ab. Auch vom Außenhandel blieben positive Impulse aus: Der gesamte Export sank um 0,1 %. Der Grund hierfür waren rückläufige Warenexporte (-0,6 %), während die Dienstleistungsexporte um 1,4 % wuchsen. Die gesamten Importe stiegen weiter deutlich um insgesamt 1,6 %.

Industrie enttäuscht: Auslandsaufträge geben Hoffnung

Nach dem deutlichen Anstieg im ersten Quartal hat das Verarbeitende Gewerbe im zweiten Quartal einen Rückschlag hinnehmen müssen. Die Wirtschaftsleistung sank um 0,3 % im Vergleich zum Vorquartal. Dabei ging die Produktion in nahezu allen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes zurück. Von der Industrie sind kurzfristig keine großen

Wachstumsimpulse zu erwarten. Zum einen startet die Produktion nach dem schwachen Juni mit niedrigem Niveau ins dritte Quartal, und zum anderen zeigt das ifo-Geschäftsklima für die Industrie keine so klare Aufhellung wie für die Gesamtwirtschaft. Die Kapazitätsauslastung steigt zwar leicht, bleibt aber deutlich unter dem langjährigen Schnitt.

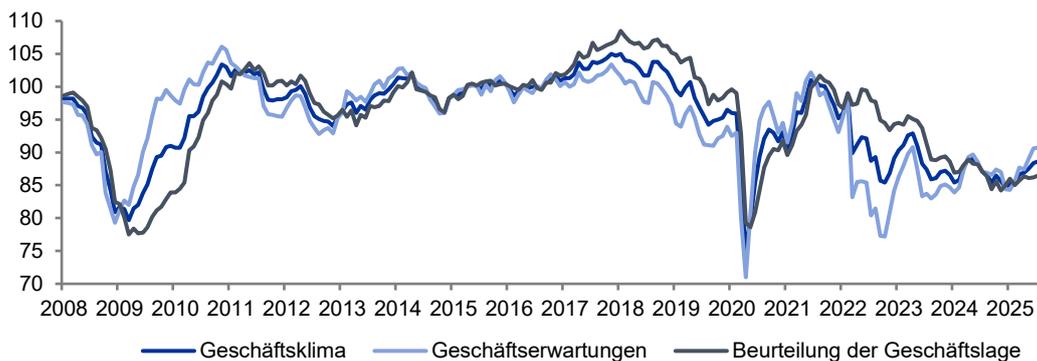
Erfreulich ist, dass der Auftragseingang im zweiten Quartal kräftig gestiegen ist – vor allem bei Investitionsgütern aus dem Ausland. Die Inlandsnachfrage hingegen ging deutlich zurück. Insgesamt zeigt sich bei den Auslandsaufträgen seit rund einem Jahr ein positiver Trend, auch wenn es zwischendurch kleinere Rücksetzer gab.

Ausblick 2025 und 2026: Unverändert

Mit der erneuten Datenrevision gelang der deutschen Wirtschaft im ersten Halbjahr statt einer leichten Aufwärtsbewegung also nur eine Seitwärtsbewegung. Da für das zweite Quartal bereits mit einem Rückgang gerechnet wurde, ändern die Datenrevisionen jedoch wenig an der Prognose. Die IKB erwartet ein BIP-Wachstum von 0,4 % für 2025 und geht damit von einem leichten konjunkturellen Rückenwind in der zweiten Jahreshälfte aus. Das Risiko ist jedoch aufgrund der Zölle, aber vor allem der Euro-Dollar-Aufwertungen nach unten gerichtet. Positiv ist: Die monatlichen Exportdaten zeigten trotz Belastungen durch die US-Politik bis zuletzt eine leicht positive Tendenz. Die Ausfuhren dürften im Jahresvergleich 2025 nahezu stagnieren

Das ifo Geschäftsklima ist ein Frühindikator für den kurzfristigen Wachstumsverlauf. Die letzten Monate waren gekennzeichnet von einer leichten Erholung, was Hoffnung auf eine zyklische Konjunkturerholung im Verlauf von 2025 gerechtfertigt hat. Jüngste ifo-Werte bestätigen das Bild. Das ifo Geschäftsklima hat sich im August erneut leicht aufgehellt. Dabei haben die Unternehmen ihre Lage leicht schlechter beurteilt, aber ihre Geschäftserwartungen haben sich recht deutlich verbessert. Hier dürfte die Einigung im Zollstreit zur Stimmungsaufhellung beigetragen haben. Insgesamt hat sich das ifo Geschäftsklima seit Dezember 2024 stetig verbessert.

ifo Geschäftsklima, 2015 = 100



Quelle: Bloomberg

Einschätzung: Wachstum durch Fiskalpolitik

Die zwar abnehmende, aber noch bestehende Unsicherheit über den Welthandel aufgrund der US-Handelspolitik, die noch schwache Auftragslage und die niedrige Auslastung vorhandener Kapazitäten dürften die Investitionstätigkeit der Unternehmen trotz verbesserter Abschreibungsbedingungen im laufenden Jahr noch beeinträchtigen. Vom Bau kommen wohl ebenfalls noch keine starken Impulse, auch wenn Auftragseingänge und Stimmungskennzeichen weiterhin eine Erholungstendenz andeuten. 2026 dürften die Investitionen dann einen kräftigen Schub durch die Infrastrukturprogramme der Bundesregierung und günstigere Finanzierungsbedingungen erhalten.

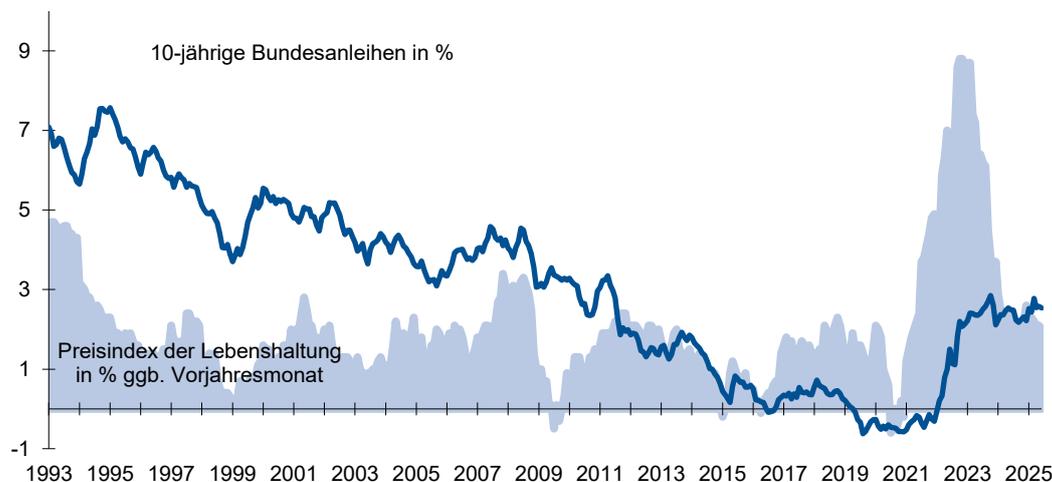
Auch wenn der private Konsum im zweiten Quartal enttäuschte, dürfte der Verlauf relativ robust bleiben und sich in der Grundtendenz beschleunigen. Auf Jahresbasis ergibt sich ein Wachstum um 1 % für 2025 und 2026. Insgesamt dürfte die deutsche Wirtschaft im Jahresmittel ein kleines BIP-Plus von 0,4 % verzeichnen, und 2026 sollte sie dann kräftiger um 1,4 % wachsen.

Reales BIP und Komponenten, Veränderung in % zum Vorjahr¹⁾

	2023	2024	2025P	2026P
Privater Konsum	-0,5	0,5	1,3	1,0
Staatskonsum	-0,2	2,6	2,0	3,1
Bauinvestitionen	-5,3	-3,3	-2,9	1,1
Ausrüstungsinvestitionen	0,2	-5,0	-2,5	3,6
Export	-0,9	-1,9	0,0	1,2
Import	-1,0	-0,4	3,9	2,5
BIP	-0,7	-0,5	0,4	1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; IKB-Prognose

Rendite 10-jähriger Bundesanleihen und Inflationsrate in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesbank

Geldpolitik: US-Zollpolitik schafft Raum für EZB-Zinssenkungen

Die US-Zollanhebungen wirken in den USA wie ein wirtschaftlicher Schock, der Inflation und Margendruck erhöht und die Konjunktur belasten sollte. Die Fed hat aufgrund ihrer eher restriktiven Ausrichtung Spielraum für Zinssenkungen, wird aber vorsichtig agieren, um Zweitrundeneffekte zu vermeiden. In der Euro-Zone führen die US-Zölle in Verbindung mit dem stärkeren Euro zu deflationären Impulsen. Die Konjunktur- und Inflationsrisiken sind eher nach unten gerichtet. Dies sollte der EZB Raum für mindestens eine weitere Zinssenkung geben, sie bliebe damit im neutralen Bereich.

Inflationsschub in den USA durch Zölle

Ohne Zweifel deutet das Ausmaß der US-Zollanhebungen auf einen spürbaren Schock für die US-Wirtschaft hin. Im Fokus steht vor allem die Inflation, die sich in Folge der Zölle auf 4 % bis 5 % in den nächsten zwölf Monaten erhöhen könnte. Damit verbunden sind auch zunehmende Wachstumsrisiken: Denn eine höhere Inflation belastet das reale Einkommen und damit den US-Konsum. Die konsumlastige US-Wirtschaft wird dies spüren. Zudem dürften die Gewinnmargen der Unternehmen und damit die Profitabilität von US-amerikanischen und globalen Unternehmen belastet werden. Ohne Zweifel die Zolleinnahmen des US-Staates werden deutlich steigen, die von Unternehmen und Konsumenten bezahlt werden. Somit ist eine Kombination von vielfältigen Anpassungen zu erwarten: Anfänglich eine anziehende Inflation und zunehmender Margendruck, gefolgt von einer spürbaren konjunkturellen Abkühlung.

Fed agiert vorsichtig und reaktiv

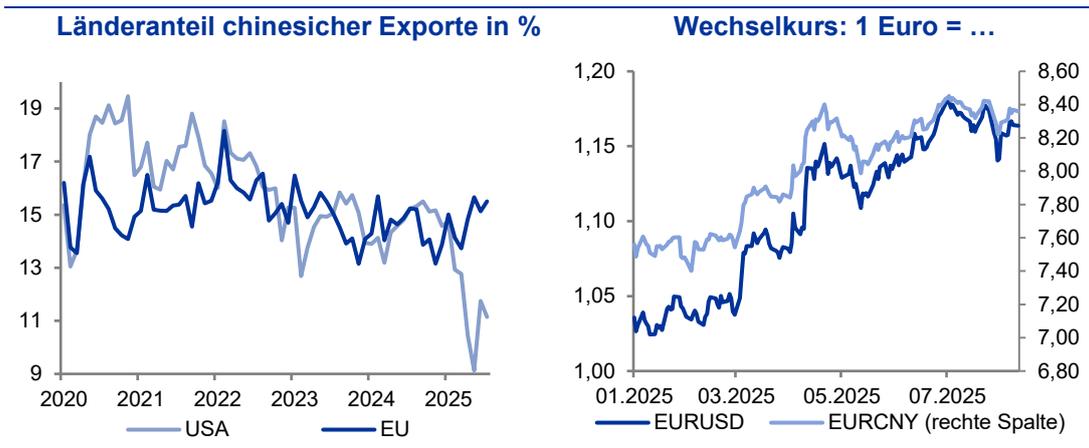
Trotz steigender Inflation in den kommenden Monaten hat die Fed Raum für Zinssenkungen im Jahr 2025. Denn die aktuelle Höhe der Fed-Funds-Rate von 4,5 % deutet eine restriktive Geldpolitik an. So erwarten die Märkte zwei, wenn nicht sogar drei Zinssenkungen von insgesamt 75 bp. Jüngste Arbeitsmarktzahlen haben die Zinssenkungsfantasien weiter geschürt. Doch Vorsicht ist geboten: Die abkühlende US-Wirtschaft ist ein wichtiges Element zur Inflationsbekämpfung, denn nur mit einer schwachen Konjunktur werden die Zweitrundeneffekte der Zölle gedämpft, und die Gewinnmargen der Unternehmen geraten unter Druck. So wird die Fed eher reaktiv als proaktiv agieren können. Und selbst nach drei Zinssenkungen um je 25 bp würde die Fed-Funds-Rate mit 3,75 % immer noch

restriktiv wirken. Spürbare Zinssenkungen werden sich jedoch erst im Verlauf von 2026 ergeben – vorausgesetzt die schwächere US-Wirtschaft bündigt den Inflationsschock.

Ausblick für die Euro-Zone und EZB-Geldpolitik

Wie stellt sich der Ausblick für die Euro-Zone und die EZB-Geldpolitik dar? US-Zölle werden die Exporte aus der Euro-Zone belasten und somit eher für Deflations- als Inflationsimpulse in der Euro-Zone sorgen. Europäische Ausfuhren geraten unter Druck aufgrund der zollbedingten preislichen Wettbewerbsverluste, aber auch infolge der Abkühlung der US-Nachfrage. Der Zolleffekt wird zudem durch die Aufwertung des Euro verstärkt. 15 % Zölle und eine über 10 %-Aufwertung des Euro gegenüber dem US-\$ seit Anfang 2025 deuten auf einen preislichen Wettbewerbsverlust von fast 30 % hin. Doch der Euro-Wechselkurs hat nicht nur gegenüber dem US-\$ aufgewertet. Auch der Renminbi wertete seit Anfang 2025 ebenfalls mit über 10 % gegenüber dem Euro ab. Damit hat sich der Wettbewerbsdruck aus China ebenfalls weiter erhöht. Insgesamt bedeutet die Euro-Aufwertung eine geldpolitische Straffung. Hinzu kommen deflationäre Impulse infolge der Exportabschwächung sowie globaler Überkapazitäten vor allem in China. So bleiben für die Euro-Zone die Risiken für den Inflations- und Wachstumsausblick eher nach unten gerichtet. Dies sollte der EZB-Raum für mindestens eine weitere Zinssenkung um 25 bp geben. Mit einem Einlagenzinssatz von 1,75 % wäre das Zinsniveau dann immer noch im neutralen Bereich.

Deflationsrisiken für die Euro-Zone



Quelle: Bloomberg

Deutsche Industrie: Zölle sind nicht das Hauptproblem – es fehlen die Investitionen

Die Gründe für den schwachen Ausblick der Industrieproduktion und damit der Exporte sind nur zum Teil auf die US-Zölle zurückzuführen. Viel entscheidender für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts sind aber weniger die Preise, sondern Innovationskraft und Investitionstätigkeit. In Deutschland zeigt sich jedoch, dass Investitionen und Exporte immer weniger auf globale Wachstumsimpulse reagieren. Diese Entkoppelung hat eher mit der Attraktivität des Standorts als mit den Zöllen zu tun. Zwar lässt die Bodenbildung der Industrieproduktion auf eine konjunkturelle Erholung hoffen, doch für mehr muss sich die Investitionsdynamik am Standort spürbar beleben.

Aktuelle Zahlen bestätigen Bodenbildung – auf niedrigem Niveau

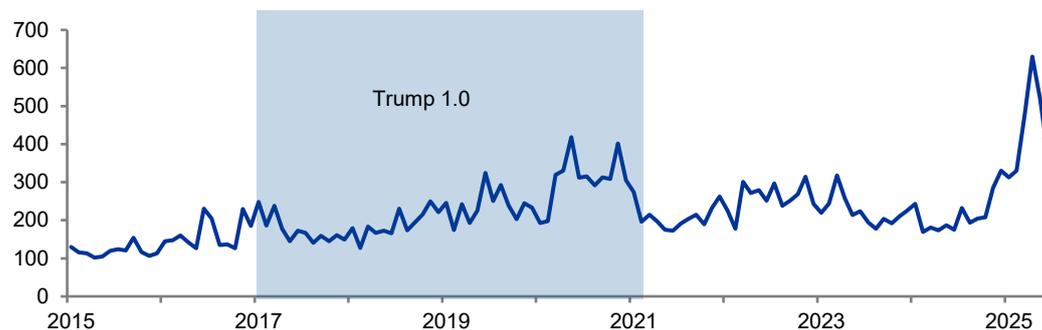
Im Juni ist die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland um 2,8 % zum Vormonat gesunken. Damit erreichte sie den niedrigsten Stand seit Mai 2020. Dennoch bestätigen die letzten Monate eine Bodenbildung und lassen auf eine zyklische Erholung hoffen. Die strukturellen Hemmnisse belasten jedoch schwer. Noch immer liegt die Produktion der Chemieindustrie fast 20 % unter dem Vorkrisenniveau von Anfang 2020. Bei der Automobilindustrie sind es 16 % und beim Maschinenbau 18 %. Seitdem hat das Verarbeitende Gewerbe trotz Fachkräftemangels fast 240 Tsd. Beschäftigte (rd. 4 %) abgebaut.

Auch wenn aktuell der schlechte Konjunkturausblick an den US-Zöllen festgemacht wird. Das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA ist nur ein Aspekt von vielen: Es gibt die Euro-Aufwertung, die einen preislichen Wettbewerbsverlust nicht nur für die Exporte in die USA darstellt. Zudem hat sich der Wettbewerbsdruck und die Marktverdrängung durch China (s. [Bundesbank 2024](#)) verschärft, und die Weltwirtschaft wächst grundsätzlich schwächer. Weniger im Fokus – doch für den Industriestandort entscheidend – ist die Investitionszurückhaltung in Deutschland, die die deutsche Reaktion auf globale Impulse dämpft.

Mehr Klarheit, schlechtere Rahmenbedingungen

Die Folgen des EU-US-Handelsabkommens müssen im Gesamtkontext einer eskalierenden globalen Unsicherheit gesehen werden. Ja, durch die Zölle ergibt sich ein preislicher Wettbewerbsnachteil. Gleichzeitig sollte die handelspolitische Unsicherheit allerdings abnehmen. Dies gilt auch global: Je schneller sich die großen Handelsnationen mit den USA einigen, desto größer sind die Chancen auf eine Normalisierung der Beziehungen und damit auf eine Reduktion der Unsicherheit. Die aktuelle US-Außenhandelspolitik sorgt für weitreichende Verunsicherungen, und dies nicht nur bilateral. So drängt China in den EU-Markt nicht zuletzt als Reaktion auf die sinkende Nachfrage aus den USA. Deshalb sind US-China- bzw. EU-China-Handelsabkommen ebenso entscheidend für den Industriestandort Deutschland wie der verabschiedete US-EU-Deal.

Aktuelle Schätzungen deuten auf einen Anstieg der effektiven Zölle für den US-Konsumerten von 2,4 % im Jahr 2024 auf rd. 18 % hin – der höchste Stand seit rund 100 Jahren (s. [State of U.S. Tariffs: August 7, 2025 | The Budget Lab at Yale](#)). Die Zölle wurden noch nie so abrupt in dieser Höhe angepasst. Wieviel sich von dem Zollschock auf die US-Inflation, das US-Wachstum oder die Margen der Unternehmen niederschlagen wird, bleibt abzuwarten. Angesichts der Größenordnung ist davon auszugehen, dass es zu bedeutenden negativen Einflüssen auf das US-Wachstum kommen wird (s. [US-Zölle: Drohender Inflationsschock bremst Fed](#)).

Abb. 1: Global Uncertainty Index


Quelle: [Economic Policy Uncertainty Index](#)

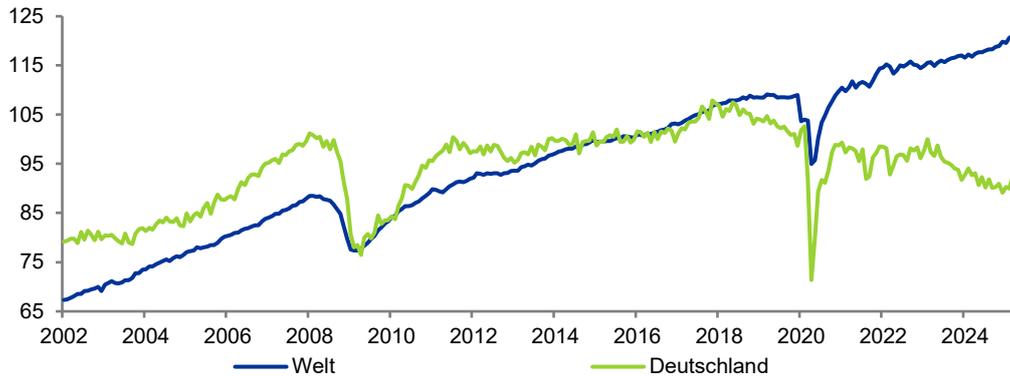
Einschätzung: Die Rahmenbedingungen für Exportnationen bzw. die Weltwirtschaft infolge höherer Zölle ist wenig wachstumsfördernd, auch weil sich die USA merklich abkühlen sollten. Die Handelsabkommen geben jedoch eine gewisse Sicherheit für die Handelsbeziehungen, was sich angesichts aktueller Unsicherheiten als förderlich erweisen könnte. Dem steht allerdings eine zunehmend fragmentierte Weltwirtschaft entgegen, was das globale Potenzialwachstum belastet.

Deutsche Reformen versus US-Handelsabkommen: Was ist zu tun?

Der Einfluss der Weltwirtschaft auf deutsche Exporte hat sich seit 2018 merklich reduziert. Vor 2018 hat 1 %-Punkt Weltwachstum in etwa 4 % Exportwachstum bedeutet. Diese Elastizität hat sich seitdem halbiert. 1 %-Punkt Weltwachstum liefert also nur noch 2 %-Punkte deutsches Exportwachstum. Diese Entwicklung in Kombination mit einem schwachen Ausblick für die Weltwirtschaft in diesem und im kommenden Jahr belasten ohne Zweifel den Ausblick für deutsche Exporte. Für den Rückgang der Sensitivität gibt es eine Vielzahl von Gründen:

- **Wettbewerbsdruck aus China:** Deutschland verliert zunehmend globale Marktanteile in höheren Wertschöpfungsstufen. Mehr und mehr der Nachfrage wird von China absorbiert. Die US-Handelspolitik gegenüber China hat dieser Entwicklung zusätzlich Rückenwind gegeben. Aktuelle Schätzungen deuten darauf hin, dass Deutschland durch Chinas Strategie rund 1 %-Punkte Exportwachstum pro Jahr einbüßt.
- **Hohe Energiekosten:** Hohe Energiekosten belastet weiterhin die Produktion am Standort. Die Chemieindustrie (ohne Pharma) erlebte einen Produktionseinbruch infolge der Energiekrise von über 20 %, und es gibt weiterhin keine Anzeichen einer deutlichen Korrektur. Was nicht produziert wird, kann auch nicht exportiert werden.
- **Fehlende Investitionsbereitschaft:** Das Verarbeitende Gewerbe reagiert auf eine steigende Nachfrage eher mit Kapazitätsausweitungen im Ausland als im Inland. Anstatt am deutschen Standort zu investieren, werden Kapazitäten verlagert bzw. neue Technologien im Ausland umgesetzt. Dies gilt vor allem für Industriebranchen, die besonders von Disruption oder Transformation beeinflusst sind. Hierzu gehört sicherlich die Chemie- aber auch Automobilindustrie.

Es ist die Kombination eines schwachen globalen Wachstums und einer sinkenden Reaktion des deutschen Standorts auf die globale Dynamik, was Exporte deutlich mehr belastet als der US-Zollanstieg auf 15 %. Dieser bedeutet angesichts des US-Exportanteils von 10 % gerade mal 1,5 % preislichen Wettbewerbsverlust für die deutschen Exporte. Laut IKB-Schätzungen würde damit das Exportwachstum mit 0,6 %-Punkten bzw. das BIP-Wachstum mit 0,3 %-Punkten belastet werden. Das Kieler Institut kommt zu ähnlichen Ergebnissen: US-Zölle reduzieren das deutsche BIP-Wachstum in diesem und im kommenden Jahr insgesamt um 0,3 %-Punkte.

Abb. 2: Industrieproduktion, 2015 = 100


Quellen: Statistisches Bundesamt; CPB

Um den negativen Zolleinfluss zu kompensieren, müsste entweder das globale Wachstum um 0,3 %-Punkte höher ausfallen oder die Sensitivität müsste von 2 auf 2,3 steigen. Zur Erinnerung: Die Wirtschaft kommt von einem Wert von über 4 für die Periode vor 2018. Die Lösung für den Erhalt des deutschen Industriestandorts liegt deshalb weniger in Nachverhandlungen des Abkommens, sondern in einer Standortverbesserung in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und vor allem auf die Attraktivität für Investitionen. **IKB-Schätzungen deuten darauf hin, dass 1 %-Punkt globales Wachstum nur noch 2 %-Punkte Investitionswachstum am Standort Deutschland generieren, während es vor 2018 bei rund 6 %-Punkten lag.** Dies zu verändern, hat die Wirtschaftspolitik selbst in der Hand.

Einschätzung: Niedrigeres globales Wirtschaftswachstum erhöht den Wettbewerbsdruck – China macht es vor – und der Standort Deutschland muss sich diesem stellen. Deshalb muss der Fokus auf der Angebotsseite der Wirtschaft liegen (s. [US-Handelspolitik verschärft Wettbewerbsdruck auf deutsche Exporte](#)). **Vor allem Investitionen in Deutschland müssen wieder sensitiver zum globalen Wachstum werden.** Dies ist in erster Linie eine Frage der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschlands. Es ist dringend an der Zeit, der Fremdbestimmung zu trotzen.

Auf einen Blick: IKB-Ausblick für Konjunktur und Finanzmärkte

Tabelle 1: Reales BIP, Veränderung in % zum Vorjahr

	2023	2024	2025P	2026P
Deutschland	-0,7%	-0,5%	0,4%	1,4%
Euro-Zone	1,2%	0,9%	1,3%	1,3%
UK	0,4%	1,1%	1,5%	2,1%
USA	2,9%	2,8%	1,5%	1,1%
Japan	1,4%	0,2%	1,1%	0,8%
China	5,4%	5,0%	4,8%	4,4%

Tabelle 2: Inflation, Veränderung in % zum Vorjahr

	2023	2024	2025P	2026P
Deutschland	6,0%	2,3%	2,1%	1,8%
Euro-Zone	5,5%	2,4%	2,1%	1,9%
UK	7,4%	2,5%	3,5%	2,4%
USA	4,1%	3,0%	3,0%	3,9%
Japan	3,3%	2,7%	2,9%	1,8%
China	0,2%	0,2%	0,2%	0,8%

Tabelle 3: Geld- und Kapitalmarktzinsen in %

	27. Aug	Ende 2025	Ende 2026
3M-Euribor	2,0	1,85	1,85
3M-USD-Libor	4,2	3,9	3,3
10-Jahre Bund	2,7	2,4	2,5
10-Jahre U.S. Treasury	4,3	4,0	3,8

Tabelle 4: Währungen, 1 Euro = ...

	27. Aug	Ende 2025	Ende 2026
EUR/USD	1,16	1,20	1,22
EUR/GBP	0,86	0,86	0,87
EUR/JPY	171,57	170,00	162
EUR/CHF	0,93	0,95	0,97
EUR/HUF	397,23	405,00	410
EUR/CZK	24,54	24,70	24,9
EUR/TRY	47,70	50,00	60,0
EUR/PLN	4,27	4,30	4,32
EUR/RUB	93,34	97,00	105
EUR/MXN	21,71	22,50	23,1
EUR/ZAR	20,57	21,00	22
EUR/CNY	8,31	8,45	8,45
EUR/CAD	1,60	1,63	1,6
EUR/AUD	1,79	1,79	1,8

Quellen: 1), 2) Statistische Ämter, Zentralbanken und IKB-Prognosen; 3), 4) Bloomberg; EZB; FRED und IKB-Prognosen

Disclaimer

Diese Unterlage und die darin enthaltenen Informationen begründen weder einen Vertrag noch irgendeine Verpflichtung und sind von der IKB Deutsche Industriebank AG ausschließlich für (potenzielle) Kunden mit Sitz und Aufenthaltsort in Deutschland bestimmt, die auf Grund ihres Berufes/Aufgabenstellung mit Finanzinstrumenten vertraut sind und über gewisse Erfahrungen, Kenntnisse und Sachverstand verfügen, um unter Berücksichtigung der Informationen der IKB Deutsche Industriebank AG Entscheidungen über ihre Geldanlage und die Inanspruchnahme von Wertpapier(neben-)dienstleistungen zu treffen und die damit verbundenen Risiken unter Berücksichtigung der Hinweise der IKB Deutsche Industriebank AG angemessen beurteilen zu können. Außerhalb Deutschlands ist eine Verbreitung untersagt und kann gesetzlich eingeschränkt oder verboten sein.

Die Inhalte dieser Unterlage stellen weder eine (i) Anlageberatung (ii) noch eine individuelle Anlageempfehlung oder (iii) eine Einladung zur Zeichnung oder (iv) ein Angebot zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten dar. Die Unterlage wurde nicht mit der Absicht erarbeitet, einen rechtlichen, steuerlichen oder bilanziellen Rat zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass die steuerliche Behandlung einer Transaktion von den persönlichen Verhältnissen des jeweiligen Kunden abhängt und künftigen Änderungen unterworfen sein kann. Stellungnahmen und Prognosen stellen unverbindliche Werturteile zum Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage dar. Die Angaben beziehen sich ausschließlich auf den Zeitpunkt der Erstellung der Unterlage. Eine Änderung der Meinung des Verfassers ist daher jederzeit möglich, ohne dass dies notwendigerweise publiziert wird. Die in der Unterlage zum Ausdruck gebrachten Meinungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der IKB wider. Prognosen zur zukünftigen Entwicklung geben Annahmen wieder, die sich in Zukunft als nicht richtig erweisen können; für Schäden, die durch die Verwendung der Unterlage oder von Teilen davon entstehen, wird nicht gehaftet.

Frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen sind kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Wertentwicklung.

Bei der Unterlage handelt es sich nicht um eine Finanzanalyse i.S.d. Art. 36 der Delegierten Verordnung (EU) 2017/565 oder Empfehlung i.S.d. Art. 3 Abs. 1 Nr. 35 Verordnung (EU) 596/2014.

Die vorliegende Unterlage ist urheberrechtlich geschützt. Das Bearbeiten oder Umarbeiten der Werbemitteilung ist untersagt. Die Verwendung oder Weitergabe der Unterlage in jeglicher Art und Weise an Dritte (z.B. Geschäftspartner oder Kunden) für gewerbliche Zwecke, auch auszugsweise, ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der IKB Deutsche Industriebank AG zulässig.

Ansprechpartner in der IKB Deutsche Industriebank AG

40474 Düsseldorf
Wilhelm-Bötzkens-Straße 1
Telefon +49 211 8221-0

Dr. Klaus Bauknecht
Volkswirtschaft
Telefon +49 211 8221-4118

28.08.2025

Herausgeber:

Rechtsform:

Sitz:

Handelsregister:

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

Vorsitzender des Vorstands:

Vorstand:

IKB Deutsche Industriebank AG

Aktiengesellschaft

Düsseldorf

Amtsgericht Düsseldorf, HR B 1130

Dr. Karl-Gerhard Eick

Dr. Michael H. Wiedmann

Dr. Patrick Trutwein, Steffen Zeise